

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Vorkommnisse rund um die Maskenbeschaffung schaden dem Vertrauen in die Demokratie und in das Parlament. Während Menschen und Unternehmen unter der Pandemie leiden, bereichern sich Abgeordnete von CDU/CSU an der Vermittlung von Maskengeschäften. Das richtet großen Schaden an. Es geht um Vertrauen und um Ansehen von Politik.

Gerade in der aktuellen Krisensituation ist das Vertrauen in die Bundesregierung, in das Parlament und in die Parlamentarier*innen, sowie in die Integrität ihres Handelns wichtiger denn je.

Die betroffenen Parteien und Abgeordneten stehen jetzt in der Verantwortung, die Vorwürfe dubioser Einflussnahme und der persönlichen Bereicherung schnell und umfassend aufzuklären.

Es muss jetzt darum gehen, verlorenes Vertrauen in die demokratischen Institutionen wiederherzustellen. Uns ist es ein deshalb ein großes Anliegen, dass wir zeitnah bis zum Sommer wirkungsvolle Maßnahmen für klare und strikere Regeln und mehr Transparenz beschließen. Appelle und ein freiwilliger Verhaltenskodex können schärfere, gesetzliche Regeln nicht ersetzen, höchstens ergänzen.

Wir laden Sie ein, über folgende Punkte gemeinsam zu beraten und freuen uns auch über weitere Vorschläge von Ihnen:

1. einen legislativen Fußabdruck, mit dem wir sichtbar machen, wenn Interessenvertreter*innen bei der Formulierung von Gesetzentwürfen der Bundesregierung und des Parlamentes beteiligt sind oder Einfluss nehmen.
2. ein verbindliches gesetzliches Lobbyregister, mit dem offengelegt wird, welche Lobbyist*innen und organisierten Interessensgruppen Einfluss auf Bundestag und Bundesregierung ausüben. Der europäische Vergleich zeigt, dass Deutschland in Sachen Lobbytransparenz großen Nachholbedarf hat. Der vorliegende Gesetzentwurf von Union und SPD greift zu kurz.
3. die Veröffentlichung von Einkünften von Abgeordneten aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent. Auch für Unternehmensbeteiligungen, geldwerte Vorteile und Aktienoptionen von Abgeordneten fordern wir strikere Regeln. Und wir brauchen ein Verbot der entgeltlichen Lobbytätigkeit. Auch wollen wir die gesetzliche Regelung zur Abgeordnetenbestechung klarer fassen.
4. klare Regelungen von Regierungsämtern in die Wirtschaft. Die Karenzzeit für Regierungsmitglieder sollten auf zwei Jahre ausgeweitet werden, um Interessenskonflikte zu verhindern.
5. eine Änderungen der Parteienfinanzierung und stärkere Kontrolle der Parteifinzen. Schon ab 5.000 Euro sollen Spenden im Rechenschaftsbericht genannt werden, ab 25.000 Euro soll die Pflicht zur sofortigen Veröffentlichung greifen. Parteispenden sollen auf natürliche Personen beschränkt und gedeckelt werden. Für das Parteiensponsoring

braucht endlich ebenso eine gesetzliche Regelung, u.a. die Veröffentlichung ab dem ersten Euro.

Wir würden uns freuen, mit Ihnen darüber und über weitere Fragen, die zu mehr Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Offenlegung politischer Interessenvertretung führen, sprechen zu können. Daher freut es uns, wenn Sie unser Gesprächsangebot annehmen und wir uns zeitnah in einer Videokonferenz austauschen könnten. Bitte teilen Sie uns doch mit, ob sie dazu bereit wären.

Es muss in unserem gemeinsamen Interesse liegen, strengere Regeln und Veröffentlichungspflichten schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Britta Haßelmann in black ink.

Britta Haßelmann

Handwritten signature of Michael Kellner in black ink.

Michael Kellner